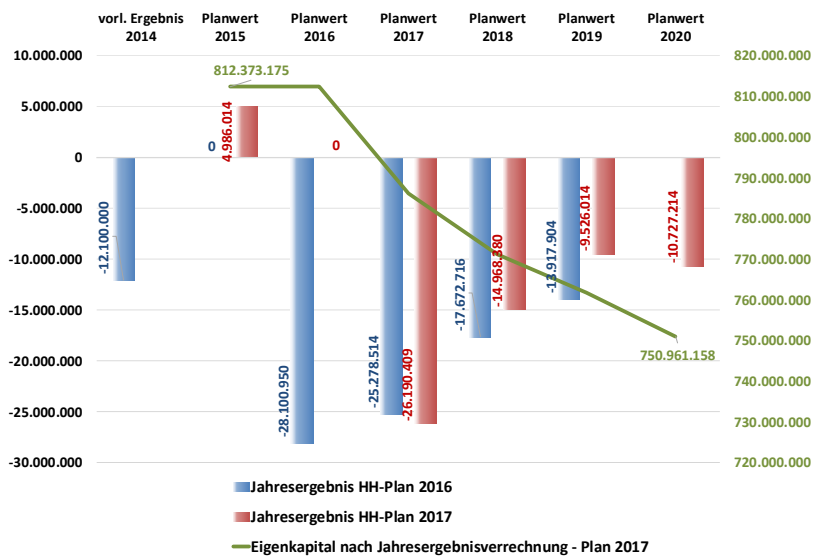


Ein alternativer Titel hätte auch lauten können: „Alter Wein in neuen Schläuchen“. Weiterhin liegt kein freiwilliges Konsolidierungskonzept vor, um den **Eigenkapitalverzehr** aufzuhalten. Und weiterhin lebt die Stadt damit aus ihrer Substanz und macht keine Anstalten, über einen originären Ausgleich eine generationengerechte Haushaltspolitik zu betreiben. Und wieder sind es **Sondererlöse**, die 2016 den Druck aus dem Konsolidierungskessel nehmen. Schon 2015 waren zum Haushaltsausgleich eine einmalige **Gewinnausschüttung** der LVN in Höhe von 22,9 Mio. € geplant. Diese wurde aber unter Anrechnung von Gewerbesteuermehrerträgen (+17,3 Mio. €) nur in Höhe von 7,2 Mio. Euro genutzt. Das Jahresergebnis schloss daraufhin mit einem Plus von 5,0 Mio. €. Für 2016 erfolgt nun die Wiederauflage des alten Planes: Die LVN soll zum Ausgleich 24,7 Mio. € beitragen, so dass das noch vor einem Jahr veranschlagte Defizit (28,1 Mio. €) nicht auftritt (s. Abb.). Erneut wirken **Gewerbesteuermehrerträge** (+10,7 Mio. €) konsolidierend.

Ergebnisplanungen 2016/2017 mit EK-Entwicklung in Euro, 2014-2020



Erheblich ist dann die Belastung im Jahr 2017 mit einem Plan-Jahresdefizit von 26,2 Mio. €. In Anbetracht des Ausmaßes von Sondererträgen und konjunkturell bedingten Steuererhöhungen bewegt sich Neuss z. Zt. ohnehin **nicht auf sicherem Grund**. Aber selbst so kommt die Stadt nicht mal in die Nähe des gebotenen Haushaltsausgleichs: Die Jahresergebnisse bleiben bis 2020 negativ.

Dabei sind die Zeiten für Neuss keineswegs schlecht: Die Erträge aus **Steuern und Landeszuweisungen** für Asylbewerber und zur Kindertagesbetreuung entwickeln sich den korrespondierenden Aufwandsteigerungen entsprechend positiv. Die **Gewerbesteuer** (55 Cent von jedem Euro Ertrag, 2017) und die **Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und**

Umsatzsteuer (inkl. Beteiligung an den Entlastungsmilliarden des Bundes) werden durch die Orientierungsdaten des Landes gestützt mit immer neuen Rekordansätzen versehen. Die **Grundsteuer B** soll ab 2018 durch „erhebliche Vermittlungserfolge“ im Gebiet Allerheiligen wieder dynamisch anwachsen; die **Konzessionsabgaben** bleiben konstant. In der Summe sollen die Steuern und ähnlichen Abgaben von 317,3 Mio. € (2017) auf 348,7 Mio. € im Jahr 2020 steigen – die Nettosteuerquote nahe 70% spricht für die Standortstärke der Stadt – zumindest, solange die Realsteuerschraube nicht überdreht wird.

Die **Aufwendungen** werden ohne maßgebliche strukturelle Einsparungen fortgeschrieben. Hierzu gehören weiterhin (moderat) steigende **Personalaufwendungen**. Auch die **Transferaufwendungen** wachsen weiter – 2017 zu 2016: +8,4 Mio. € auf 261,8 Mio. € bei tw. Refinanzierung (s.o.). Gerade die für das Gemeinwesen bedeutenden Kindertagesbetreuung und Unterbringung von Kindern bleiben aber für die Stadt erhebliche Kostenfaktoren mit ungebrochener Dynamik. Leicht konsolidierend wirken die gesunkene **Kreisumlage** (-1,4 Mio. € bei 104,7 Mio. € Zahllast, 2017, einschl. SGB II-Anteil) und Solidaritätsumlage (-1,8 Mio. €) in 2017. Ein aktives **Zinsmanagement** nutzt die aktuelle Niedrigzinsphase zur Sicherstellung der Liquidität über sog. Kassenkredite. Die langfristige Perspektive sollte dabei nicht aus den Augen verloren werden. Auch soll die **Verschuldung** für Investitionskredite (Kernhaushalt) im Jahr 2021 mit 35,5 Mio.€ wieder auf dem Niveau von 2016 liegen (35,3 Mio. €). Dies ist positiv zu bewerten, da zwischenzeitlich für 2018 noch 38,6 Mio. € als Investitionsschuldenlast eingeplant sind.

In der Summe: Die Stadt verfügt über eine außergewöhnlich ertragsstarke Wirtschaft; sie hat **kein Einnahmenproblem**. Es gelingt ihr aber nicht, die Aufwendungen dauerhaft zu begrenzen. Da reicht es nicht, dass die Prognosen der zukünftigen Aufwendungen – gemessen am derzeitigen Status Quo – plausibel sind. Der Status Quo ist schlicht zu teuer. Ein **Gesamtkonzept**, aufwandseitig strukturell ca. 10 Mio. € (Abb. s.o. Defizite) zu konsolidieren, liegt nicht vor. Bei gegenwärtiger Realsteuerhöhe und ohne erneute Sondererträge in zweistelliger Millionenhöhe ist der Optimismus des Bürgermeisters auf eine schwarze Null in vier Jahren nicht zu teilen. Der angesetzte „**AK Konsolidierung**“ ist jetzt dringend notwendig: Nicht, um neue Begründungen für alte Steuererhöhungsstrategien zu finden; nicht, um neue Verteilungsspielräume zu begründen; sondern, um ein ausgeglichenes Ordentliches Ergebnis mit einer politischen Mehrheit dauerhaft sicherzustellen. Die Spielräume kommen dann über das positive Finanzergebnis. Klares Ziel – schwerer Weg. Anzufangen wäre mit einem Personalaufwandskonsolidierungskonzept, das Raum lässt für eine nachhaltige Personalentwicklung. Dazu muss die Frage nach den zukünftigen Aufgabenstrukturen heute beantwortet werden.